

Sind Rechtspopulismus und Antifeminismus eine Bedrohung unserer Gleichstellungspolitik?

Vortragsreihe und Gesprächsabende mit Brigitte Triems, Vorsitzende des dfb e. V. und ehemalige Präsidentin der Europäischen Frauenlobby EWL, Brüssel

Es ist unbestritten, dass Frauen heute über bedeutend mehr Rechte verfügen als voran gegangene Generationen, und positive Entwicklungen im Bereich der Gleichstellung vor allem durch den Kampf und den unermüdlichen Druck von engagierten Frauen und ihren Verbänden erreicht wurden. Nationale Gesetzgebung und europäische Gleichstellungspolitik haben positive Impulse für die Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frauen und Männern in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegeben. Chancen zur Verwirklichung eigener Lebensentwürfe und Abbau von Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts schienen weitgehend gesellschaftlicher Konsens, auch wenn es an der konsequenten Umsetzung rechtlicher Regelungen zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern immer noch mangelt. Und jetzt kommt ein neues, gefährliches Phänomen dazu: In jüngster Zeit wird immer deutlicher, dass rechtspopulistisches Denken kein Randproblem ist. Neben antisemitischen, islam- und ausländerfeindlichen Haltungen sind auch antifeministische Einstellungen auf dem Vormarsch. Verbreitete Ressentiments gegenüber Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung werden gezielt aufgegriffen und kommuniziert. Rechtspopulist*innen propagieren rückwärtsgewandte Frauen- und Familienbilder.

Wenn man sich Dokumente und Reden von Vertreter*innen populistischer Parteien auf europäischer Ebene und in EU-Mitgliedsstaaten ansieht, zeichnen sich gerade auf diesem Gebiet gemeinsame Positionen und Ansichten ab. Diese stellen eine Bedrohung von Frauenrechten dar und sind ein Rückschritt auf dem Wege zu wirklicher Gleichstellung. 2019 stehen die Wahlen zum Europäischen Parlament an. Es liegt an den Wähler*innen zu verhindern, dass rechtspopulistische Parteien noch größeren Einfluss erlangen und Frauenrechte derart weiter mit Füßen treten können.

Der Vortrag beleuchtet am Beispiel der europäischen Partei »Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit« (MENL), der FN (Frankreich), der UKIP (Großbritannien), der FPÖ (Österreich) und der AfD (Deutschland) die Positionen, die diese Parteien auf dem Gebiet der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern vertreten.